

Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SPÖ · GEGRÜNDET 1890

Stadtplanung nach Plan

VON ALOIS BRUNNTHALER
 Wiens Bürgermeister Bruno Marck hat für Donnerstag die österreichischen Journalisten sowie die Vertreter ausländischer Blätter in das Rathaus eingeladen, um der Öffentlichkeit den zweifellos wichtigsten Teil der Planung der Bundeshauptstadt für die nächsten Jahrzehnte, das Konzept über den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel, vorzulegen.

Die Grundzüge dieses Ausbauplans für die öffentlichen Verkehrsmittel sind bereits bekannt. Die AZ hat bereits vor einem Jahr ihre Leser mit dieser für die weitere Entwicklung der Bundeshauptstadt so überaus wichtigen Planung beglückwünscht und hat erst vor wenigen Wochen Einzelheiten und Routenführung der geplanten unterirdischen Schnellverkehrsmittel veröffentlicht.

Aus diesen Veröffentlichungen war zu ersehen, daß im Wiener Rathaus bereits seit Jahren an der Fertigstellung des Ausbauplans für die öffentlichen Verkehrsmittel, also für Schnell-, Stadt- und Straßenbahnen, über sowie unter der Erde und schließlich auch für Autobusse sehr intensiv gearbeitet wurde.

Einige der bürgerlichen und der sogenannten unabhängigen Zeitungen legten in zumeist unsachlichen Stellungnahmen dar, daß der Ausbau Wiens planlos erfolge. An solche Mittelungen schlossen sie die Forderung, die Stadt Wien solle unverzüglich einen Plan für den Ausbau der Verkehrsmittel vorlegen. Und sie taten dabei so, als sei ihnen nicht bekannt, welch umfassende Vorarbeiten und Untersuchungen über die Fahrgewohnheiten innerhalb des Stadtgebietes, über den Pendelverkehr zwischen Wohnstätten und Betrieben und über künftige Änderungen dieser Verkehrsströme für die Erstellung eines solchen Plans erforderlich sind.

Das Wiener Stadtbauamt hat bereits vor Jahren der Öffentlichkeit eine umfassende Studie für den Ausbau der Straßen vorgelegt. Ein Teil dieses Konzepts wurde bereits verwirklicht, wie die Strecke der Stadtautobahn von der Prager Straße über die Nordbrücke bis ins Zentrum, oder wird eben verwirklicht, wie die Westeinfahrt der Autobahn, die Straßenverbindungen beiderseits der Wien bis zum Karlsplatz und die Donaukanalbegleitstraßen.

Es wäre unverantwortlich gewesen, die Planung für die öffentlichen Verkehrsmittel unabhängig vom Ausbauplan für Wien übergeordnetes Straßennetz, also die Autobahnen und Schnellstraßen innerhalb des Stadtgebietes, vorzunehmen. Doch gerade das hat man immer wieder von den

Stadtplanern verlangt. Da der Bau der unterirdischen Bahnverbindungen bereits in der ersten Ausbaustufe die wertmäßigste Größenordnung von mehreren Milliarden Schilling erreicht, war es sicherlich zweckmäßig, dieses Konzept mit größter Gründlichkeit vorzubereiten.

Ein Beispiel für die Wichtigkeit gründlicher Vorarbeiten bei der Planung der großen Bauvorhaben der Stadt wurde erst vor wenigen Tagen bekannt. Für den Bau des neuen Schlachthofes und des Fleischgroßmarktes in St. Marx wurde von hervorragenden Fachleuten ein Projekt ausgearbeitet, dessen Verwirklichung 830 Millionen Schilling kostet. Ein zweites Projekt, das unabhängig vom ersten ausgearbeitet wurde, sah Kosten in der Höhe von nur 450 Millionen Schilling vor. Schließlich gibt es nämlich noch ein drittes Projekt, das 600 Millionen Schilling kosten soll.

Es ist nicht einerlei, ob für ein Bauvorhaben um 380 Millionen Schilling mehr oder weniger aufgewendet werden müssen. Der Steuerzahler hat ein Recht darauf, zu verlangen, daß seine Gelder zweckmäßig verwendet werden. Deshalb ist zu begrüßen, daß die Stadtplanung ungeachtet der immer wiederkehrenden Angriffe zielbewußt und umfassend erfolgt. Sie ist ja die Voraussetzung dafür, daß sich die Menschen auch im Wien von morgen wohl fühlen.

Doppelte Belastung zu befürchten

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Am 9. August bestätigte das Finanzministerium dem ARBO, daß die Unterlagen der Versicherungsunternehmen derzeit hier in Bearbeitung stehen. Im Hinblick auf die im Kraftfahrergesetz vorgesehene Anhörung des Kraftfahrersbeirates werden die Kraftfahrergesetzorganisationen durch das Finanzministerium wegen der erbetenen Einsicht in die Unterlagen an die Versicherungsunternehmen verwiesen. Im Schreiben des Ministeriums an den ARBO heißt es in diesem Zusammenhang: Nach Abschluß des h. Prüfungsverfahrens wird die Möglichkeit bestehen, daß Ihnen seitens des Verbandes der Versicherungsunternehmen die Unterlagen zur Verfügung gestellt werden.

BENACHTEILIGUNG

In dieser Weigerung des Finanzministeriums, schon während des noch laufenden Genehmigungsverfahrens den Kraftfahrergesetzorganisationen durch rechtzeitige Einsicht in die von den Versicherungsunternehmen vorgelegten Unterlagen die Möglichkeit der Prüfung der Kalkulationsgrundlagen einzuräu-

men, müssen die österreichischen Kraftfahrer eine ungerechtfertigte Benachteiligung ihrer berechtigten Interessen erblicken.

Auch die Öffentlichkeit hat ebenso wie bei einem im Begutachtungsverfahren stehenden Gesetzentwurf Anspruch auf volle, rechtzeitige Information über die Auswirkungen einer Prämienhöhung, die durch die Einschaltung der großen Kraftfahrergesetzorganisationen im das beim Finanzministerium anhängige Genehmigungsverfahren gewährleistet worden würde.

Im Entwurf für ein neues Kraftfahrergesetz, der in der Herbstsession des Nationalrates in parlamentarisches Behandlung genommen wird, ist eine neuerliche beträchtliche Erhöhung der Versicherungsprämien durch Erhöhung der Deckungssummen vorgesehen. Im Falle der Genehmigung der jetzt beantragten Prämienhöhungen wird es also innerhalb einer kurzen Zeitspanne zweimal eine empfindliche Mehrbelastung für die Kraftfahrer geben.

ÖVP-POLITBÜROLEITER ALS BUNDESPRESSECHIEF?

Über hartnäckige Gerüchte, daß der Leiter des politischen Büros der Bundesparteileitung der ÖVP, Doktor Kronhuber, unter bestimmten Voraussetzungen zum Chef des Bundespresdienstes gemacht werden soll, fragten die sozialistischen Abgeordneten Skiritek und Konir den Bundeskanzler. Dieser hatte am 11. Mai in einer Fragensitzung versichert, daß er nicht beabsichtige, in der Leitung des Bundespresdienstes ein solches Revirement zu treffen. Dennoch sind derartige Meldungen nach wie vor im Umlauf, obwohl die Bestellung von Dr. Kronhuber zum Chef des Bundespresdienstes eine parteipolitische Einseitigkeit ersten Ranges wäre und

alle Versicherungen Lügen strafen würde, wonach Dienstposten des Bundes nur nach fachlichen Gesichtspunkten besetzt werden sollen. Um absolute Sicherheit über die Unwahrheit solcher Gerüchte zu erhalten, stellen die genannten Abgeordneten an den Bundeskanzler die Anfrage, ob er seine vor vier Monaten gegebene Versicherung bekräftigt, wonach der Leiter des politischen Büros der Bundesparteileitung der ÖVP nicht zum Leiter des Bundespresdienstes bestellt wird.

LÄSST REGIERUNG LEBENS-MITTELKARTEN DRUCKEN?

Eine weitere Anfrage an den Bundeskanzler (SP-Abgeordnete Dr. Hertha Firnborg und Konir) weist auf bisher nicht dementierte Pressemeldungen hin, wonach in der Staatsdruckerei in jüngster Zeit Lebensmittelkarten gedruckt worden sind. Der Bundeskanzler soll absolute Sicherheit geben, ob diese Meldungen richtig sind. Treffen sie tatsächlich zu, welche Beweggründe führten zu dieser Maßnahme, wer gab Weisung dazu und weshalb wurde die Öffentlichkeit beziehungsweise die Volksvertretung davon nicht informiert.

Alabama: Keine Negerlehrer für Weiße

Washington. Unter Androhung von Polizeimaßnahmen hat der als Rassenfanatiker bekannte Gouverneur des amerikanischen Bundesstaates Alabama, Wallace, angeordnet, daß farbige Lehrer, die zur Unterrichtung weißer Schüler und Studenten bestellt wurden, ihren Schuldienst in Alabama nicht ausüben dürfen. In einer Pressekonferenz erklärte Wallace, er werde notfalls die Polizei zu Hilfe nehmen, um die Kontrolle der Schwarzen an unseren Schulen zu verhindern.

A-Bombe: De Gaulle muß warten

Der französische Atomtest wurde auf heute verschoben

Papeete (Tahiti). Der für Samstag auf dem Mururoa-Atoll anberaumte französische Atomtest, der in Gegenwart von Präsident de Gaulle hätte stattfinden sollen, wurde um 24 Stunden verschoben.

De Gaulle soll, wie es Samstag Abend hieß, über die Verschlebung der Atomexplosion tief enttäuscht gewesen sein.

Warum der Versuch verschoben wurde, war bis zum Abend noch nicht klar. Es wurde jedoch angenommen, daß sich das Wetter im

letzten Augenblick wieder verschlechterte. Die Verschlebung wurde vier Stunden vor der geplanten Zündung des Sprengkörpers, der von einem Ballon etwa 500-Meter hoch getragen werden sollte, bekanntgegeben.

De Gaulle, der Freitag von Tahiti kommend auf dem Mururoa-Atoll eingetroffen war und sich sofort an Bord des Kreuzers „De Grasse“ begab, hatte im Versuch, aus 40 Kilometer Entfernung, zu beobachten, will notfalls bis Montag im Testgebiet bleiben.

Heute Wahlen in Südvietnam

Salgon. In Südvietnam finden heute Sonntag Wahlen statt, die in erster Linie ein Populartätstest für die Regierung Ky sind. Die Beliebtheit oder Unbeliebtheit der Regierung wird sich daraus ergeben, wie viele Wähler trotz der Terrorkampagne der Kommunisten zu den Urnen gehen. Wahlberechtigt sind 5.289.000 Männer und Frauen. Insgesamt 530 Kandidaten bewerben sich um die 117 Sitze der konstituierenden Versammlung. Sie soll zwei Wochen nach der Wahl zusammentreten und innerhalb von sechs Monaten eine neue Verfassung ausarbeiten. Darüber hinaus hat sie keine gesetzgeberische Tätigkeit. Die Militärregierung hat sich ein Einspruchsrecht bezüglich der Arbeiten der konstituierenden Versammlung vorbehalten. Die endgültigen Wahlergebnisse dürften erst Mittwoch vorliegen. Eine Wahlbeteiligung von 60 Prozent würde nach Ansicht des in dieser Hinsicht offenbar bescheidenen Ministerpräsidenten Ky als Erfolg der Regierung angesehen werden.

Fanfani: Österreich soll alle Maßnahmen ergreifen

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Der italienische Außenminister Fanfani hat Samstag Außenminister Dr. Tonio für dessen Telegramm gedankt, gleichzeitig aber festgestellt, daß das Mitgefühl und die Verantwortung für die Attentate mehr Wert schätzung in Italien finden würden, wenn die österreichischen Behörden alle Maßnahmen ergreifen, um zu verhindern, daß solche Anschläge von Österreich aus vorbereitet werden und daß die Vorarbeiten nachher dort Zuflucht finden.

KREISKY: NICHTS ÜBERSTÜRZEN

In einem Interview für das Zweite Deutsche Fernsehen, das vor dem Attentat aufgenommen wurde und daher nicht darauf Bezug nimmt, wandte sich der frühere österreichische Außenminister Dr. Kreisky gegen einen überstürzten Abschluß der Südtirolverhandlungen. Abgeordneter Dr. Kreisky sagte, auch in Rom werde natürlich die übertriebene Hast der Regierung Klaus erkannt, und dies sei das ungünstigste, was es in dieser Sache geben könne.

DEUTSCHE HINTERMÄNNER

Rom. In überaus scharfer Form hat fast die gesamte italienische Presse Samstag auf den Terroranschlag in Südtirol reagiert. Nahezu alle Blätter machen Westdeutschland und Österreich für die neue Terrorwelle in Südtirol verantwortlich und fordern drastische Maßnahmen gegen die neonazistischen Exzesse in Südtirol.

In der Turiner „Gazzetta del Popolo“ heißt es zu dem Anschlag: Die Terroristen sind bezahle Attentäter, die das Gefühl der Rückendeckung, besonders jenseits der italienischen Grenze, haben. Neben der österreichischen Duldung gegenüber den Terroristen gibt es eine mächtigere und heimtückischere Kraft. Während wir im Fall Österreich eher von einer schuldhaften Duldung als von politischer und ideologischer Unterstützung sprechen können, sind die deutschen Kreise, welche die Terrorakte unterstützen, eindeutig von Methoden und Zielen eines wiederauflebenden Nazismus beeinflusst.

Nun müssen Wien und Bonn über ihr Verhalten entscheiden, schreibt das Turiner Blatt. Die österreichische Regierung kann sich nicht länger auf mündliche Mißbilligungsaussagen beschränken.



Der italienische Innenminister Tavoni schüttelt einem bei dem Terroranschlag verletzten Zivilbeamten die Hand. (UPI-Funkbild)

Smith beim Verwoerd-Begräbnis

Premier Rhodesiens war der einzige Regierungschef

Pretoria. In der südafrikanischen Regierungshauptstadt Pretoria fand Samstag das Staatsbegräbnis für den Dienstag ermordeten Ministerpräsidenten Verwoerd statt. Als einziger ausländischer Regierungschef nahm der rhodesische Ministerpräsident Ian Smith daran teil.

Der Premierminister des von Großbritannien abgetrennten, an Südafrika angrenzenden und von

ihm unterstützten Landes saß in Begleitung einer persönlichen Leibwache in der ersten Reihe der offiziellen Trauergäste. Sonst war das Ausland nur durch Diplomaten vertreten.

Unter den Politikern, Parlamentariern, Richtern und anderen weißen Würdenträgern befand sich der schwarze Chefminister des hauptsächlich von Bantu bewohnten Selbstverwaltungsgebietes Transkei, Matzima, mit zweien seiner Minister und anderen Vertretern, seiner im Rahmen der Rassentrennung errichteten Bantu-Provinz. Die Trauerfeier war die erste, zu der auch Neger eingeladen wurden. Verwoerd wurde im Ehrenfriedhof beigesetzt.

Neue Regierung in Ägypten

Kairo. Der ägyptische Staatspräsident Nasser hat den verantwortlichen Minister für den Assuan-Staudamm, Solaiman, mit der Neubildung der Regierung beauftragt. Das neue Kabinett wird sich dem Vernehmen nach in der Hauptsache aus Fachleuten zusammensetzen.

Politik in Kürze

ÜBERLÄSTET. Die österreichische Parlamentsdelegation, die an dem europäischen Parlamentartreffen in Belgrad hätte teilnehmen sollen, hat ihre Reise wegen Arbeitsüberlastung abgesagt.

GESCHICHTE. In Linz findet gegenwärtig eine auf drei Tage anberaumte internationale wissenschaftliche Tagung der Arbeitsgemeinschaft für die Geschichte der Arbeiterbewegung statt. An der zahlreiche Vertreter aus Österreichs Nachbarstaaten, aber auch aus Berlin, Frankfurt, den Niederlanden und den USA teilnehmen.